

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/4147/2015 öffentlich 30.06.2015 30.06.2015	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Jugendliche Flüchtlinge bei der Entwicklung einer Lebensperspektive unterstützen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt und unterstützt das Vorhaben der Stadt als Modellkommune unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen bei der Entwicklung einer Lebensperspektive zu helfen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, auch für jene Jugendlichen in ähnlicher Weise Sorge zu tragen, die gemeinsam mit ihren Familien geflüchtet sind, und jungen erwachsenen Flüchtlingen zwischen 18 und 27 Jahren die Chance eines schulischen und beruflichen Abschlusses zu eröffnen.
3. Sie fordert den Magistrat auf, bei der Landesregierung dafür einzutreten, dass entsprechend den jeweiligen Bedarfen dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen hinreichende schulische Angebote zur Verfügung stehen.
4. Sie fordert den Magistrat auf, in Kooperation mit der Agentur für Arbeit, dem Kreisjobcenter und dem Büro für Integration beim Kreis für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für diese Jugendlichen zu werben.
5. Der Magistrat wird gebeten, über den Fortgang des Projekts incl. der in Kooperation mit den Freien Trägern realisierten Maßnahmen den Sozialausschuss regelmäßig zu informieren.

Begründung:

Dass Marburg eine weltoffene Stadt ist, haben die Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr schon häufig unter Beweis gestellt.

In diese Realität passt deshalb auch das Vorhaben, Schwerpunktkommune für die Betreuung und Unterstützung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu werden.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung dafür ist die vielfältige und vorbildliche Struktur der Jugendhilfe und der Ausbildungsmöglichkeiten von der Lehrstelle im Handwerk bis zur Universität. Neben der kommunalen Jugendhilfe sind es insbesondere die Freien Träger wie Elisabeth-Verein, Gertrudisheim, AKSB, BSF, IKJG, BSJ, DKSB, JUKO, Marbach GmbH und viele andere, die an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientierte Unterstützungsleistungen für ein gelingendes Erwachsenenleben erbringen. Dies ist nur möglich in Zusammenarbeit mit Schulen und Betrieben, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und Marburg als Stadt der Bildung und Ausbildung kennzeichnen.

Damit für die jungen Flüchtlinge, die begleiteten wie die unbegleiteten, die Chance besteht, auf ein selbstständiges Leben erfolgreich vorbereitet zu werden, bedarf es nicht nur solcher guten Angebote, wie sie bereits z.B. vom Landschulheim Steinmühle gemacht worden sind. Es muss vielmehr sichergestellt sein, dass für alle in Marburg betreuten minderjährigen Flüchtlinge und jungen Erwachsenen Deutschkurse und die jeweils erforderliche schulische Ausbildung und eine ihren Fähigkeiten entsprechende Weiterqualifizierung in Betrieben, Verwaltungen u.a. möglich werden. Hier ist der Magistrat aufgefordert beim Land vorstellig zu werden, ein hinreichendes schulisches Platzangebot sicher zu stellen. In Kooperation mit der Arbeitsverwaltung, dem Kreisjob-Center und dem Büro für Integration beim Kreis ist der Kontakt zu Marburger Betrieben aufzunehmen, um für Ausbildungsmöglichkeiten der betreuten Flüchtlinge zu verbessern.

Christa Perabo

Ulrich Severin